

verarbeitung“ von Angst und wurde auf der gleichen Ebene wie Schauermärchen und Horrorgeschichten abgehandelt. Die religionsanaloge Funktion von Horrorgeschichten wurde von der zuständigen Referentin (*Helga Pohl*, München) allerdings recht hoch eingeschätzt (der Vampir als „Gegenchristus“) und kulturgeschichtlich (emotionale Abwehr der Folgen der Aufklärung im 19. Jahrhundert) auf höchst anregende Weise verarbeitet. Das einzige, ausdrücklich religionsbezogene Referat („Religiöse Verarbeitung von Kränkungsangst“) wurde von zwei Tagungsteilnehmern mit jeweils theologischen akademischen Titeln in einer Art Dialogreferat vorgetragen. Das Interesse schien – an der relativ schwachen Teilnehmerzahl gemessen – nicht übermäßig groß zu sein. Das Referat zeichnete sich allerdings durch einen klaren Religionsbegriff („Verhalten ... mit transzendtem Bezug“) und durch das an Fallbeispielen erläuterte Eingeständnis aus, daß *mit Religion zusammenhängende Symptome* in der Analyse aus Scheu oder Unsicherheit ausgeklammert, wenn nicht gar als „therapieresistentes Ausweichverhalten“ eingestuft würden.

Der Tod und die Bewältigung des Diesseits

Indirekt war Religion auf dem Kongreß, auf dem, wenn auch in einem technischen Sinne so viel von „Metapsychologie“ die Rede war, auf mancherlei Weise präsent. König erinnerte in seinem Referat nicht nur an Horst Eberhard Richters „Gotteskomplex“, an die Schwierigkeiten des ohne Gott lebenden, ohne Gott zurechtzukommen, ohne sich selbst zu überfordern. Gerade aus dieser Überforderung („Ein Mensch von Gottes Allmacht und Güte steht nicht zur Verfügung“) resultieren Vertrauensprobleme und Orientierungsängste. Er deutete auch auf den zentralen Bezugspunkt von Angst hin: den *Tod* als Trennung von Beziehungspersonen und als Verlust des Bewußtseins, den „viele Leute heute für endgültig halten“. Beese hatte davon gesprochen, es komme auf das *Menschenbild* an, das der Psychoanalytiker habe. Kann aber das vollständigere Menschenbild, wie es Beese wohl vorschwebte, nur in der Erweiterung des Individual-Ichs um

das Kollektiv-Ich bestehen? Bedarf es hier nicht anderer Erweiterungen? Könnte es nicht sein, daß *Überlebensängste* nicht nur deswegen zunehmen, weil die Menschheitskatastrophe eine reale Gefahr geworden ist, sondern auch weil eine Menschheit, für die mit dem Tode alles zu Ende ist, sich am Überleben festklammert, ja dazu verdammt ist, sich daran festzuklammern. Vermutlich ergäben erst beide Komponenten – *die reale Gefährdung des Diesseits und das ausweglose Angewiesensein auf dieses* – ein Gesamtbild der in Berlin beschworenen neuen Qualität von Angst.

Noch ein letztes: Der Chronist hat nie recht verstanden, wieso kirchlicherseits im Gefühl der Resignation so sehr darüber geklagt wird: der Psychoanalytiker bewerkstellige immer mehr das, was in religiöseren Zeitaltern die Kirche als Tröstung und Heil bringen, gewähren, spenden könnte. Der Mann (oder die Frau) mit der Couch konkurrierte zunehmend den Geistlichen im Beichtstuhl weg. Nach dem Angst-Kongreß in Berlin versteht er dieses Wehklagen noch weniger. Er hat kaum einmal eine Berufsgruppe kennengelernt, die in so vielen uneingestandenen, halbeingestandenen oder auch einfach zugegebenen *Verlegenheiten* steckt. Auch wenn, wie es sich für Psychologen gehört, mit jedem Eingeständnis noch einmal gebührend kokettiert wurde. Das von *Wolfgang Lenzer* (Berlin) mit besinnlicher Hinterköpfigkeit vorgetragene Referat über „Ängste des Psychoanalytikers“ (an der Ausarbeitung waren auch zwei Frauen beteiligt) löste Kaskaden entkrampfender Lachsalven aus. Die Verlegenheiten betragen das Handwerkliche des Berufs ebenso wie das Menschenbild und das Mitreden in interdisziplinären Fragen. Möglicherweise liegt das daran, daß die Psychoanalytiker trotz ihrer besonderen interpersonellen Kompetenz in der Bereitschaft zur Zusammenarbeit mit verwandten akademischen Berufen – weiß Gott, welche Untersuchung das mit welchen Methoden zutage gebracht hat – vor den Zahnärzten und den theoretischen Mathematikern an drittletzter Stelle stehen. Vielleicht täten Theologen und Kirchenleute etwas Gutes, wenn sie ohne falsche Scheu und Unterlegenheitsgefühle sich gerade solcher Verlegenheiten annähmen. Der interpersonellen Kompetenz täte es sicher auf beiden Seiten gut.

D. A. Seeber

Zwischen Sozialismus und Buddhismus

Kurskorrekturen in Burma

Seit General Ne Win 1962 in Burma die Macht übernahm, versucht er einen Sozialismus eigener Art zu verwirklichen, ohne Bindungen an das Ausland. Die wichtigsten Wirtschaftszweige wurden verstaatlicht und die Kontakte zum Ausland auf ein Minimum reduziert. Zahlreiche Angehörige der indischen und chinesischen Minderheit, aber auch die meisten ausländischen Missionare waren zum Verlassen des Landes gezwungen. Hart trafen die christlichen Konfessionen auch die Verstaatlichung des Schul-

und Sozialwesens, die rigorose Pressezensur und die weitgehende Beschneidung ihrer Auslandsbeziehungen. Diese Maßnahmen entsprechen im übrigen den Forderungen nationalistischer buddhistischer Kreise, womit diese wohl auch für den Verlust ihres politischen Einflusses entschädigt werden sollten (vgl. HK, Mai 1967, 234 ff.). Nachdem die sozialistischen Experimente das Land fast an den Rand des wirtschaftlichen Ruins gebracht hatten, lockerte Burma aber seit Mitte der siebziger Jahre wieder etwas

seine *Politik der selbstgewählten Isolation*. Diese pragmatischere Linie führte zu einer gewissen innenpolitischen Stabilisierung, die auch einen relativ reibungslosen Machtwechsel in der politischen Führung zu gestatten scheint. Im November 1981 trat Ne Win vom Amt des Staatspräsidenten zurück, hauptsächlich aus Alters- und Gesundheitsgründen, er bleibt jedoch vorerst Vorsitzender der Burmesischen Sozialistischen Programm-Partei (BSPP).

Das Militär und die Einheit des Staates

Die politische Macht Burmas liegt in den Händen der BSPP, die als *Einheitspartei* auch das Parlament kontrolliert. Sie hat ihre Hauptstütze in der *Armee*, von deren 160 000 Soldaten über 140 000 der Partei angehören. Damit stellen die Militärs zwar nur 9% der (Anfang 1981) 1,5 Millionen Parteimitglieder, doch von den 260 Mitgliedern des Zentralkomitees sind 60 aktive Militärs, und im 15köpfigen Exekutivkomitee haben die aktiven und ehemaligen Offiziere sogar die Mehrheit. In anderen Bevölkerungskreisen ist der politische Rückhalt der Partei eher gering, zumal sich viele Mitglieder kaum aktiv engagieren. Insbesondere wird ein mangelndes Interesse unter den jungen Burmesen beklagt, da nur etwa 8% der Parteimitglieder aus den Reihen der Lanzin-Jugendorganisation kommen (The Guardian/Burma, 13. 9. 82). Deshalb wurden in letzter Zeit vor allem an den Universitäten erneut Werbekampagnen durchgeführt.

Die politische Führung selbst besteht aus einem kleineren Kreis von Personen, die vielfach Ne Win persönlich über die Armee verbunden sind. Da keiner seiner möglichen Nachfolger über einen genügend großen Rückhalt in Armee und Partei verfügt, ist Ne Wins Machtstellung vorerst weiter ungefährdet. Der neue Staatspräsident *San Yu*, der schon früher hohe Ämter in Armee, Partei und Regierung bekleidete, hat derzeit kein hohes Parteiamt inne und besitzt auch keine eigene Hausmacht. Ihm folgt in der Staatshierarchie *Aye Ko*, der als Sekretär des Staatsrates und Generalsekretär der Partei aber nicht in der Armee aktiv tätig sein kann. Chancen auf die Nachfolge werden auch dem Geheimdienstchef *Tin Oo* eingeräumt, doch auch dieser hat in der Armee wenig Rückhalt, da er nicht zum Kreis der kampferfahrenen Generäle zählt.

Armee und Partei verstehen sich als die wichtigsten Garanten der staatlichen Einheit, sie verkörpern aber auch den Anspruch der Burmesen auf die *Hegemonie* innerhalb der Burmesischen Union. Von den 36 Millionen Einwohnern Burmas sind nur etwa 70% Burmesen, hinzu kommen je 8% Karen und Shan, je 2% Mon und Chin sowie zahlreiche kleinere Bergstämme und nicht zuletzt indische und chinesische Minderheiten (Länderkurzberichte Wiesbaden 1979, S. 13 – mangels verlässlicher Statistiken gibt es keine genauen Angaben).

Um die Stellung der schon vor der Kolonialzeit in Burma beheimateten Nationalitäten zu festigen, insbesondere also der Burmesen, wurde im Oktober 1982 ein neues *Gesetz über die Staatsbürgerschaft* verabschiedet. Danach gel-

ten nur Angehörige alteingesessener Nationalitäten als vollgültige Staatsbürger. Nachkommen von Einwanderern oder aus gemischtrassigen Ehen können zwar naturalisiert werden, soweit sie es nicht schon sind, doch sie besitzen nicht das passive Wahlrecht und dürfen keine hohen Ämter im Staatsdienst bekleiden – dies wird erst ihren Nachfahren in späteren Generationen zugestanden. Das Gesetz führte dazu, daß selbst einige Parlamentsabgeordnete gemischtrassiger Herkunft vorsorglich ihre Ämter niederlegten. (Far Eastern Economic Review, 4. 11. 82). Das Gesetz richtet sich in erster Linie *gegen die indischen und chinesischen Minderheiten*, die als Gewerbetreibende eine wirtschaftlich recht starke Position haben. Aber auch die Angehörigen anerkannter nationaler Minderheiten sind mit den ihnen zugestandenen Rechten meist nicht zufrieden. Sie besitzen zwar teilweise eigene Verwaltungsterritorien, doch befriedigt dies kaum ihre Autonomiewünsche, zumal die Territorien meist nicht dem tatsächlichen Siedlungsgebiet der Minderheiten entsprechen.

Große Teile der *Karen*, von denen viele protestantische Christen sind, führen bereits seit 1948 einen *Sezessionskrieg* gegen die Zentralregierung. Die *Nationale Union der Karen* (NUK) hat unter Führung des Generals *Bo Mya* nach eigenen Angaben in ihrer Nationalen Befreiungsarmee rund 10 000 Soldaten sowie 20 000 Milizionäre unter Waffen und kontrolliert etwa $\frac{1}{3}$ des in Südost-Burma an der Grenze zu Thailand gelegenen Karen-Staates (vgl. Le Monde, 19. 3. 82). Nationaldemokratisch und antikomunistisch ausgerichtet, strebt sie einen wesentlich größeren *eigenen Karen-Staat* an. In letzter Zeit erregte sie wieder durch spektakuläre Terror-Aktionen Aufsehen, so durch einen Überfall auf Radio Rangoon im September 1982. Die NUK finanziert ihren Krieg vor allem durch Steuern, die sie in den von ihr beherrschten Gebieten erhebt, sowie durch den Schmuggel von Gebrauchsgütern über die thailändische Grenze, hat sich bisher aber nur wenig im Drogenhandel engagiert.

Seit 1976 bildet die NUK mit sieben kleineren Organisationen anderer Minderheiten eine *Nationale Demokratische Front* (NDF), die aber nicht allzu wirksam kooperiert. Zu ihr gehören Aufständische der *Muslimen* unter den Arakanern in West-Burma, die einen wenig aussichtsreichen Kampf führen, zumal sie nur wenig Hilfe von außen erhalten. Ihnen geht es vor allem um die ungehinderte Glaubensausübung – seit 1962 wurden die Moscheen verstaatlicht, islamischer Religionsunterricht in den Schulen verboten, Muslime konnten nicht mehr nach Mekka pilgern, und die Publikation religiöser Schriften unterliegt strengen Restriktionen. Die Welle des islamischen Fundamentalismus hat diese Muslime bisher kaum erreicht (vgl. IDOC-Bulletin 1–2/1982, 25 ff.).

Weiterhin gehört der NDF die Shan-Staat-Fortschrittspartei an, die größte von mehreren Separatisten-Bewegungen in Ost-Burma. Sie war 1975 eine Allianz mit der KP Burmas eingegangen, hat sich aber mittlerweile wieder von ihr distanziert. Eine äußerst zwielichtige Rolle

spielt dagegen die Vereinigte Shan-Armee unter *Khun Sa*. An der Grenze zu Thailand operierend, engagieren sich ihre etwa 1500 Kämpfer fast ausschließlich im Drogenhandel, wobei sie mit Resten der ehemaligen Kuomintang-Armee zusammenarbeiten, die nach 1949 in Burma Unterschlupf gefunden haben.

Die kommunistische Rebellion

Obwohl längst aus den früheren Hochburgen in Zentral-Burma verdrängt, stellt die KP Burmas im Norden und Osten des Landes weiter die größte Bedrohung für die Regierung dar. Angesichts des derzeitigen militärischen Patts nahm Ne Win Mitte 1981 sogar Verhandlungen mit den Kommunisten auf, die aber an deren (wohl absichtlich) überzogenen Forderungen scheiterten (Autonomie der von der KP kontrollierten Gebiete, Übernahme der kommunistischen Verbände in die Armee bei weitgehendem Mitspracherecht).

Da China seine Militärhilfe für die KP seit 1979 stark reduziert hat, um das Verhältnis zu Burma zu entspannen, finanzieren die Kommunisten ihren Krieg zum großen Teil durch den *Drogenhandel*. Zusammen mit ihren Verbündeten kontrollieren sie 60–70% des Opium-Anbaus in Nord- und Ost-Burma, einem Gebiet, das etwa 50% des asiatischen Opiums liefert (vgl. Far Eastern Economic Review, 1. 10. 82). Die KP, die angeblich 70 000 Mitglieder zählt und etwa 10 000 Soldaten sowie 30 000 Milizionäre unter Waffen hält, setzt die Bevölkerung dabei mit z. T. brutalen Mitteln unter Druck und rekrutiert ihre Soldaten, darunter Kinder und Jugendliche, teilweise unter Zwang. Mit der KP verbündet sind neben einer Splittergruppe der Nationalen Fortschrittspartei der Karen-ni vor allem die rund 3000 Soldaten der Unabhängigkeitsarmee der Kachin in Nord-Burma. Diese Beherrschung weiter Teile Nord- und Ost-Burmas birgt insbesondere *Gefahren für Thailand*. Verschiedentlich griffen die Auseinandersetzungen mit anderen, ebenfalls im Drogenhandel tätigen Gruppen auf thailändisches Gebiet über. Zudem könnte die KP Burmas der thailändischen KP neue Nachschubwege nach China eröffnen, nachdem ihr die Wege durch Laos wegen der Präsenz der Vietnamesen abgeschnitten wurden.

Die Beziehungen Burmas zu den Nachbarstaaten haben sich erheblich gebessert. Einige Grenzprobleme mit Thailand und Bangla Desh wurden geregelt, und die 1978 nach Bangla Desh geflohenen Muslime sind größtenteils zurückgekehrt. Die Kontakte zu den ASEAN-Staaten sind freundlich-korrekt, und das Verhältnis zu China ist sogar recht freundschaftlich. Die Politik der strikten Blockfreiheit, derentwegen sich Burma 1979 sogar vom Gipfeltreffen der Blockfreien in Havanna zurückzog (wegen der Dominanz moskau-treuer Staaten), hat es bisher davon abgehalten, im *Kambodscha-Konflikt* eindeutig Stellung zu beziehen. Zwar wurde die vietnamesische Besetzung Kambodschas verurteilt, doch ansonsten hat sich Burma in den letzten Jahren von den Abstimmungen in

der UNO über Kambodscha ferngehalten, und es ist derzeit auch nicht gewillt, zu vermitteln.

Der Schwerpunkt der *burmesischen Außenpolitik* liegt ohnehin auf den Handelsbeziehungen. Seit das Land wieder stärker ausländische Kredite in Anspruch nimmt, verzeichnet es sogar ein kleines Wirtschaftswunder. Um den Preis einer allerdings relativ hohen Auslandsverschuldung konnte die landwirtschaftliche Produktion so gesteigert werden, daß Burma neben *Holz* und (in bescheidenem Maße) *Erdöl* auch wieder *Reis* exportiert. Die wichtigsten Kreditgeber sind dabei neben internationalen Organisationen vor allem Japan und – mit Abstand – die Bundesrepublik Deutschland.

Von diesem *wirtschaftlichen Aufschwung* haben jedoch in erster Linie die privilegierten Schichten profitiert, die Masse der Bevölkerung lebt weiter in größter Armut, und Burma dürfte vorerst weiter zu den 25 ärmsten Ländern der Erde gehören. Da seine reichhaltigen Bodenschätze nur ungenügend erschlossen sind, die *Arbeitslosigkeit* in den Städten bei 20% liegt und die Inflation, obwohl nicht sehr hoch, gerade die ärmsten Schichten trifft, wird es schwerfallen, die Ziele des neuen Vierjahresplans zu erreichen: allen Einwohnern ausreichend Nahrung, Kleidung und Wohnraum zu verschaffen (vgl. Far Eastern Economic Review, 29. 10. 82).

Begrenzte Freiheit für die Religionen

Burma ist laut Verfassung ein säkularer Staat, der aber die freie Religionsausübung garantiert. Die Religion, die eher als Teil der Kultur der einzelnen Volksgruppen betrachtet wird, ist dabei streng vom politischen Leben geschieden. Hier dürfen die negativen Auswüchse gerade der Politisierung des Buddhismus vor 1962 nachgewirkt haben. Den Religionsgemeinschaften ist deshalb jede politische Betätigung verboten, und Amtsträger religiöser Organisationen haben weder das aktive noch das passive Wahlrecht – gleich, ob es sich etwa um buddhistische Mönche oder katholische Priester handelt. Gleichwohl nimmt der Hinayana-Buddhismus, zu dem sich etwa 85% der Bevölkerung bekennen (Burmesen, Shan, Teile der Karen) eine bevorzugte Stellung in der Gesellschaft ein, die auch seitens des Staates nicht in Frage gestellt wird. Allerdings versucht die Regierung um der innerstaatlichen Ordnung willen, das *Mönchswesen* staatlicher Kontrolle zu unterwerfen – ein Bestreben, das den Ordensführungen nicht in jedem Falle ungelegen kommt. Mit staatlicher Förderung bildeten die 110 000 buddhistischen Mönche, die neun anerkannte Richtungen des Buddhismus repräsentieren, im Mai 1980 eine aus 299 Mitgliedern bestehende Dachorganisation, das State Sangha Central Working Committee. Dieser Dachverband bemüht sich in Zusammenarbeit mit staatlichen Stellen, Auswüchse des Mönchswesens zu bekämpfen. So wurden in den letzten beiden Jahren einige hundert Mönche wegen Verstößen gegen die Ordensregeln, insbesondere wegen Geschäftemacherei, aus den Orden ausgestoßen.

Die *Christen* Burmas bilden mit 3% der Bevölkerung

ebenso eine Minderheit wie die Muslime (3%), Hindus (2%) oder Animisten. Die *Baptisten* stellen dabei mit etwa 500 000 Gläubigen die größte Gemeinschaft, dazu kommen auf protestantischer Seite kleinere Gemeinden vor allem der Adventisten und der Pfingstkirchen.

Die *katholische Kirche*, die zwar schon im 16. Jahrhundert in Burma Fuß faßte, aber erst seit Mitte des 19. Jahrhunderts ihren Aufschwung nahm, zählt heute ca. 375 000 Gläubige. Sie gliedert sich in zwei Erzdiözesen, sechs Diözesen und eine Apostolische Präfektur mit insgesamt 145 Pfarreien und etwa 400 Missionsstationen. Dem Klerus gehören fast ausschließlich Einheimische an – unter den Bischöfen gibt es nur einen Ausländer, und von den 209 Priestern sind 180 einheimische Weltpriester. Außerdem gehören zur Kirche in Burma ca. 90 Ordensbrüder und 660 Ordensschwestern (Päpstliches Jahrbuch 1982, Stand Ende 1980 – andere Quellen geben leicht abweichende Zahlen an, so zählt Fides [29. 10. 80] 225 Priester, darunter 20 ausländische Missionare). Die rasche Indigenisierung des Klerus in den beiden letzten Jahrzehnten ist z. T. eine erzwungene Folge der Vertreibung der ausländischen Missionare im Jahre 1966, sie zeigt aber, daß die Kirche auf jene Herausforderung recht gut zu antworten wußte.

Rückhalt der katholischen Kirche vor allem bei nationalen Minderheiten

Die katholische Kirche ist vor allem unter den *nationalen Minderheiten* tätig. Nur 10% der Gläubigen sind Burmesen, während der Anteil der Christen gerade unter den Bergstämmen recht hoch ist. So stellen die Katholiken in der Diözese Myitkina in Nord-Burma fast 8% der Bevölkerung, und in der Diözese Taunggyi (Shan-Staat) stieg die Zahl der Gläubigen insbesondere dank der *Missionserfolge unter den Bergstämmen* seit 1961 von 27 000 auf (1980) 59 000. Der Rückhalt der katholischen Kirche wird auch durch die hohe Zahl der Taufen in diesen Regionen dokumentiert. Registrierte man in Rangoon 1980 knapp über 1000 Taufen, waren es in Taunggyi über 3000, in der Erzdiözese Mandalay samt den Suffraganen Myitkina und Kengtung (an der laotischen Grenze) sogar 13 000. Die Missionserfolge sind umso bemerkenswerter, als die Kirche unter einem großen *Priestermangel* leidet, den auch die erfreulich hohe Zahl von Seminaristen (1980: 193 Große und 478 Kleine Seminaristen) nicht so schnell wird beheben können. Von großer Bedeutung ist deshalb die *Arbeit der Katechisten*, von denen es 1980 1320 gab (davon 300 hauptamtliche), und anderer Mitarbeiter verschiedener kirchlicher Vereinigungen. So werden in der Erzdiözese Rangoon „*Heim-Missionare*“ eingesetzt, ledige Männer, die nach ihrer Ausbildung der Kirche mindestens drei Jahre zur Verfügung stehen sollen. Sie arbeiten meist in Dörfern und unter der Jugend, wo sie soweit wie möglich die Priester ersetzen. In der Diözese Taunggyi wiederum bildet man *Laien-Missionare* aus. Sie sollen unter den Bergstämmen den Boden für die eigentliche Glaubensverkündung vorbereiten.

Die kirchliche Missionsarbeit ist vielerlei Gefahren ausge-

setzt, nicht zuletzt, weil sie sich hauptsächlich auf jene ländliche Gebiete konzentriert, in denen auch Aufständische operieren. Verschiedentlich wurden kirchliche Mitarbeiter von Kommunisten gefangengenommen und gefoltert, andere wiederum wurden unter dem *Vorwurf der Subversion* inhaftiert, einige mußten sogar ihr Leben lassen.

Das *Schul- und Sozialwesen* konnte wieder in bescheidenem Maße ausgebaut werden. 1980 unterhielt die Kirche 129 Bildungseinrichtungen, darunter – neben kirchlichen Seminaren – auch kleine Elementarschulen in entlegenen Gebieten, die das staatliche Schulprogramm noch nicht erfassen konnte. Derartige Schulen entstanden oft in Eigeninitiative der Gemeinden, wobei die Kirche nur begrenzte materielle Hilfe leisten konnte (vgl. UCA News 29. 9. 82). Ein großes Problem stellt jedoch die Erteilung des Religionsunterrichts dar – dieser darf seit der Verstaatlichung des Schulwesens im Jahre 1965 nur außerhalb der Schulstunden, gegebenenfalls am Wochenende, erteilt werden, was für Schüler wie Lehrer eine erhebliche Belastung bedeutet. Auch auf dem *sozialen Sektor* kann die Kirche, trotz der Verstaatlichung ihrer Krankenhäuser (ebenfalls 1965), weiter einen Beitrag leisten. 1980 gab es 200 Sozialeinrichtungen, darunter kleine Dorfkloniken, Leprastationen, Altenheime, Waisenhäuser und Kindergärten, meist wiederum in entlegenen Regionen unter den Bergstämmen. Da der Kirche oft die finanziellen Mittel fehlen, ist sie bei der Schaffung solcher Einrichtungen oder dem Bau von Kirchen weitgehend auf die Mithilfe der Gläubigen angewiesen, was sich allerdings auch sehr positiv auf den Zusammenhalt der Gemeinden auswirkt.

Wieder mehr Auslandskontakte

In ihren Beziehungen zum Staat ist die Kirche zu größter Zurückhaltung gezwungen. Ihre *Auslandskontakte* unterliegen, wie diejenigen anderer Religionsgemeinschaften, erheblichen Restriktionen. Immerhin konnten seit 1979 Bischöfe gelegentlich zu internationalen Kirchenkongressen ausreisen, und verschiedentlich wurde auch wieder Klerikern und Laien die Teilnahme an *Schulungskursen im Ausland* gestattet. Diese Kontakte sind umso wichtiger, als die katholische Kirche Burmas zwar in der langjährigen Isolation innerlich gefestigt wurde, sie aber dafür an der Entwicklung der gesamten katholischen Kirche nach dem Zweiten Vatikanischen Konzil nur begrenzt Anteil nehmen konnte. So wird die Lockerung der staatlichen Isolationspolitik gerade auch auf dem *Bildungssektor* ausdrücklich begrüßt – die staatliche Aufwertung des Englischen als Unterrichtssprache etwa erleichtert auch den Eintritt von Studierenden in die Seminare und die Anhebung des Bildungsniveaus. Bei allen leidvollen Erfahrungen, die die Kirche machen mußte, sollte nicht übersehen werden, daß die staatlichen Restriktionen zumindest nicht auf einer bewußt antikatholischen Haltung beruhen. Sie sind eher Ausdruck eines gesteigerten nationalistischen Denkens, dem sich auch die anderen Religionsgemeinschaften unterwerfen müssen.

Peter Drews